

BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg 23), Magstraße 6.

Offizielles Organ der Central-Arbeiten- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Liliengasse 12.

Kollegen! Unterstützt die streikenden Bergarbeiter! Beteiligt Euch überall rege an den von den Gewerkschafts-kartellen inszenierten Sammlungen!

Vorstandsbericht.

Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1904.

Das Berichtsjahr ist wohl das erfolgreichste für den Verband seit seinem Bestehen!

Die neugegründeten und auf dem letzten Verbandstage noch verbesserten Unterstützungseinrichtungen haben sich gut eingelebt und erleichterten die Agitation ganz bedeutend; sie trugen ihr gut Teil dazu bei, die Agitation sehr erfolgreich zu gestalten.

Diese beiden Umstände trugen auch ihr gut Teil bei zum Gelingen der großen Lohnkämpfe, welche es in diesem Jahre durchzuführen galt und von denen der erste große Streik in Berlin und dessen Umgebung besonders alle bisherigen Lohnkämpfe der Organisation weit an Bedeutung übertrug.

Geschäftsberichterstattung des Vorstandes.

Das Unterstützungsweesen, verbunden mit der Eiferführung der Mitglieder bei der Samstags- und der Aufnahme an Mitgliedern, häuften schon zu Beginn des Jahres die Arbeit im Bureau derartig, daß diese nur bewältigt werden konnte, indem jede Woche einige Tage ein Kollege gegen Tagesentlohnung zum Adressenschreiben herangezogen wurde.

In 26 Sitzungen erledigte der Vorstand die Geschäfte des Verbandes. Außerdem wurden mehrere Vorstandsmitglieder delegiert zu Sitzungen mit dem Sekretär des Centralverbandes Deutscher Konsumvereine, zu je einer Sitzung mit den Vorständen von Hamburg und Altona und einer gemeinsamen Sitzung der Vorstände dieser beiden Mitgliedschaften.

In den 26 Sitzungen des Vorstandes waren die Verhandlungsgegenstände folgende: Die Agitation im allgemeinen beschäftigte den Vorstand in 33 Fällen; in 4 Fällen die Agitation gegen den Kost- und Logiszwang beim Arbeitgeber; die Gaueninteilung, Agitation in den Gauen und Gauenkonferenzen in 16 Fällen; Anträge zur Anstellung von Gauenleitern wurden in vier Sitzungen erörtert und einem

solchen Antrage zugestimmt; in 8 Fällen waren von Mitgliedschaften Anträge auf Anstellung von Eisbahnbeamten gestellt, von denen 3 gutgeheißen wurden; die Lohnbewegungen, Streiks und Sperrten beschäftigten den Vorstand in 32 Fällen; außerdem wurden 12 Anträge auf Genehmigung von Lohnbewegungen und Streiks abgelehnt; Vertreter des Vorstandes wurden in 8 Fällen zu Lohnbewegungen und Streiks delegiert; in 3 Sitzungen galt es die Gauenleiterfrage für das Bureau zu erledigen; die Vorarbeiten zum kommenden Verbandstag beschäftigten den Vorstand in 7 Sitzungen und die Vorstandsarbeiten in den Mitgliedschaften in 2 Sitzungen; Unregelmäßigkeiten in den Mitgliedschaften in 11 Fällen zu erörtern; in 4 Fällen wurden Revisionen der Mitgliedschaften angeordnet; die Unterstützungseinrichtungen beschäftigten in 11 Fällen den Vorstand; 6 mal mußte verlangte Unterstützung verweigert und 3 mal die Rückzahlung zu Unrecht erhaltener Unterstützung angeordnet werden; Untersuchungen in den Mitgliedschaften beschäftigten den Vorstand in 10 Fällen; in 2 Fällen hierüber wurde die unrichtige Summe zurückbezahlt, dagegen wurden folgende Fälle zur Anzeige gebracht: Gustav Lehmann-Görlich A 22.50, J. Hinterleitner-Bad Reichenhall A 10.-, H. Gehr-Dortmund A 50.02 (erhielt drei Monate Gefängnis), P. Zimmermann-Hannover A 61.80, Joseph Fischer-Mex A 32.90, J. Zimmermann-Bad Reichenhall A 52.10 (erhielt 3 Wochen Gefängnis). Die Untersuchung in einigen Fällen ist noch nicht beendet, die anderen Defraudanten waren nicht auffindbar.

Folgende 30 Mitglieder aus dem Verband ausgeschlossen: Buchn. 19449, Carl Geußler; Buchn. 14711, Otto Gruber; Buchn. 6409, Max Arnold; Buchn. 28809, Gustav Lehmann; Buchn. 7028, G. Behrend; Buchn. 18330, A. Rosenbach; Buchn. 5248, Joh. Erguhlen; Buchn. 27962, Karl Jäger; Buchn. 9612, Karl Jafob; Buchn. 3230, Ernst Schwinger; Buchn. 1688, Paul Teife; Buchn. 9739, Wilhelm Roth; Buchn. 936, Paul Tiedenshüber; Buchn. 18340, Hermann Egerbrecht; Buchn. 18212, Fern. Rogmann; Buchn. 18571, Wilh. Polier; Buchn. 7884, Wilh. Gehr; Buchn. 7425, Kon. Brömmelmeper (demselben wurde später nach Prüfung des Falles der Wiedereintritt gestattet, da er sein Vergehen wieder gut zu machen suchte); Buchn. 1499, Paul Mühlendorf; Buchn. 1207, Carl Mause; Buchn. 2783, Wilh. Meier; Buchn. 1409, P. Zimmermann; Buchn. 95, Joh. Zimmermann; Buchn. 6-13, Clemens Zug; Buchn. 18745, Kon. Wehring; Buchn. 1538, Fern. Fere; Buchn. 18662, Wilh. Schröder; Buchn. 19483, Joh. Mühlentamp; Buchn. 6806, Adolf Mühlentamp; Buchn. 2824, Ludwig Brinker.

Während dieser Umschiffung des Vorstandes in 26 Fällen beschäftigten, wurden 6 Anträge auf Ausschluß von Mitgliedern aus dem Verband abgelehnt; 3 Anträge früher als Mitgliedenerwerb auf Wiedereinnahme in den Verband wurden genehmigt, davon 7 solcher Anträge abgelehnt. 4 Mitgliedern wurden wegen Verstoßes gegen die Verbandsvorschriften Strafen erteilt. Beschwerden gegen Gauen- und Mitgliedschaften beschäftigten den Vorstand in 17 Fällen; in 4 Fällen die formellen Erhebungen und in 4 Fällen die Untersuchung wegen verlorener Marken in den Mitgliedschaften. Korrespondenzen der Generalkommission beschäftigten den Vorstand in 7 Fällen und solche des Ausschusses in München in 4 Fällen; in 4 Fällen handelte es sich um die Verbindungen mit den ausländischen Bruderverbänden; in 9 Fällen handelte es sich um Differenzen mit anderen Gewerkschaften zur Erörterung. Die Lehrlingsfrage und deren Bekämpfung war 5 mal Gegenstand der Beratung, 3 mal die Anschaffung von neuem Material, 20 mal der Gauenintendanten und die Verhandlungen zu dessen Einführung; in 15 Fällen wurden die Anträge auf Erhebung von Ersatzleitern in den Mitgliedschaften genehmigt und 4 solcher Anträge abgelehnt.

Gelder wurden in den Sitzungen bewilligt: Zuschüsse an die Gauen in 102 an Mitgliedschaften in 26 Fällen (8 Gewerbe abgelehnt); Genaufregemunterstützung in 21 Fällen (10 Gewerbe abgelehnt); Zuschüsse an in Arbeit stehende Agitatoren in 3 Fällen (3 Gewerbe abgelehnt); die Mittel für Erörterung von easterwärtigen Kollegen nach anderen Gauen in 4 Fällen; Unterstützung in besonderen Notfällen an Mitglieder in 12 Fällen (16 Gewerbe abgelehnt); Streifenunterstützung an Mitgliedschaften in 21 Fällen (4 Gewerbe abgelehnt); Streifenunterstützung an andere Berufe in 1 Fall (6 Gewerbe abgelehnt); Rechtschutz an Mitglieder in 66 Fällen (9 Gewerbe abgelehnt); 7 Gewerbe zur Unterstützung von zu gründenden oder schon bestehenden Genossenschaftsbüdereien wurden sämtlich abgelehnt und stets von der Gründung abgeraten.

Durch die Lohnbewegungen und Streiks, desgl. infolge der Tarifverhandlungen mit den Genossenschaften und der stattgefundenen Gauenkonferenzen machten sich wieder sehr viele Reisen der Vorstandsmitglieder notwendig. Der Vorsitzende war in 22 Reisen 149 Tage unterwegs, der Hauptkassierer in 7 Reisen 29 Tage und Kollege Widors in

5 Reisen 8 Tage. Insgesamt gingen durch dieselben im Bureau 186 Arbeitstage verloren.

Nachstehende Tabelle der Ein- und Ausgänge an Poststücken gibt den Mitgliedern ein Bild der Arbeit im Bureau. (Der Zeitungsverband ist dabei nicht mit eingerechnet.)

Table with columns: Eingänge, Post-Briefe, Tele-Karten, Druck-gramme, Druck-sachen, Postan-weiungen, Pakete. Rows for months from January to December and a total sum.

Summa 3829 2527 29 2661 1153 94 Insgesamt 10293 (8729 im Vorjahre) oder pro Tag 28,2 (23,9) Eingänge.

Table with columns: Ausgänge, Post-Briefe, Tele-Karten, Druck-gramme, Druck-sachen, Postan-weiungen, Pakete. Rows for months from January to December and a total sum.

Summa 3679 452 18 9705 211 732 Insgesamt 14797 (13112 im Vorjahre) oder pro Tag 40,5 (35,9) Ausgänge.

Der Zeitungsverband erfolgte in 53 Nummern in 21064 Posten und Drucksachen, oder pro Nummer durchschnittlich in 388 Sendungen.

Verkehr des Vorstandes mit den Gau- und Mitgliedschaftsverwaltungen und Mitgliedern.

Von einigen ganz vereinzelt vorgekommenen Zwischenfällen abgesehen, war der gegenseitige Verkehr stets ein gut folgerichtiger und konnten wir in dieser Beziehung nur das Beste wiederholen, was im vorigen Bericht ausführlich erörtert wurde, daß nämlich die eingehende Erörterung und scharfe Verurteilung solcher unliebsamen Störungen und Streitereien auf dem letzten Verbandstage gut gewirkt hat. Die vereinzelt Fälle, welche doch zu verzeichnen waren, betrafen wie im Vorjahre wieder ausgeschlossene Mitglieder oder solche, die wegen Nichterfüllung ihrer naturlichen Pflichten der Unterstützung verlustig geben mußten und nun dem Vorstand gegenüber die größten Schmachereien wegen des ihnen vermeintlich angetanen Unrechts gebrachten. Damit erreichen sie natürlich gar nichts, und Mitglieder, die wegen Nichterfüllung ihrer Pflichten in ähnliche Lage kommen sollten, mögen sich von vornherein merken, daß weder durch allerlei nicht sich haltende Entschuldigungen, aber ebenso wenig durch Grobheiten und Hegeleien der Vorstand sich bewegen lassen wird, auch nur ein Jota von den Bestimmungen des Statuts abzugeben! Wie die Mehrzahl der Mitglieder sich an pünktliche Beitragszahlung und regelrechte Erfüllung ihrer Pflichten gewöhnt haben, so mögen das auch nach die bisher gleichgültigen und unwilligen Mitglieder sich angewöhnen und sie werden sich damit unliebsame Weiterungen in Fällen der Unterstützungsbedürftigkeit ersparen!

Mitgliederzahl.

Die Mitgliederzahl betrug zu Beginn des Jahres 6062 und am 31. Dezember 1904 war dieselbe auf 9706 angewachsen; die Zahl der Mitglieder hat sich also im Berichtsjahre um 3644 vermehrt!

Wir zählten Mitglieder am Schlusse des

- 1. Quartals 8084
2. " 9695
3. " 8787
4. " 9706

oder im Jahresdurchschnitt 9068 gegen 5565 Mitglieder im Vorjahre.

Zu den 6062 aus dem Vorjahre übernommenen Mitgliedern kamen 10961 Neuzugänge; ferner meldeten sich 39 frühere Mitglieder vom Militär zurück und traten in ihr altes Mitgliedsverhältnis wieder ein; 29 Mitglieder ausländischer Verbände traten zu uns über und 21 Mitglieder

Nam dazu noch die imposante Unterstützung unserer berechtigten Forderungen durch die organisierte Arbeiterschaft als Protestinstrument und diese beiden Faktoren brachten bald unsere so probigen Arbeitgeber in eine für sie sehr unglückliche Lage.

Allgemeine Streiks hatten wir im Berichtsjahre in Kiel, Lübeck, Berlin und Bad Neichenhall zu verzeichnen.

In Kiel wurden am 3. März folgende Forderungen an die Innung eingereicht:

1. Kost und Logis wird vom Arbeitgeber den Gesellen nicht mehr verabsolgt, dafür wird ein Lohnzuschlag von 12 M pro Woche bezahlt.
2. Der Mindestlohn beträgt 22 M pro Woche und dürfen bisher höher bezahlte Löhne nicht gekürzt werden.
3. Die Bundesratsverordnung vom März 1896 ist einzuhalten und werden gesetzlich erlaubte Ueberstunden mit 50 % pro Stunde vergütet.
4. Für Anstaltarbeit wird nicht unter 4 M pro Tag gezahlt.
5. Ungelernten Arbeitern, die mit der Herstellung von Backwaren beschäftigt sind, wird ebenfalls ein Mindestlohn von 22 M pro Woche bezahlt.
6. An den drei hohen Festen Ostern, Pfingsten und Weihnachten wird je eine Freinacht gewährt.
7. Der Arbeitsnachweis ist unter gleichen Pflichten und Rechten von Meistern und Gesellen zu wahren.

Am 11. März erhielt die Lohnkommission Antwort von der Innung, welche besagte, daß die Innung nur mit dem Gesellenausschuß verhandeln würde und sie „erhebe Protest gegen das Vorgehen des Verbandes der Bäcker“.

Am 22. März fanden dann Verhandlungen der Innung mit dem von einer Versammlung bevollmächtigten Gesellenausschuß statt, welchen die Mäcker der Innung nur zu verhöhnlichen suchten, so daß dieser die Verhandlungen abbrechen mußte.

Am 23. März beauftragte eine von 200 Kollegen besuchte Versammlung die Lohnkommission, die Forderungen den einzelnen Meistern zu unterbreiten, welches am 24. März ausgeführt wurde.

Am 25. März fand die entscheidende Versammlung statt, in welcher mit 108 gegen 8 Stimmen (65 Kollegen, in deren Betrieben die Forderungen bewilligt waren, enthielten sich auf Versammlungsbeschluss der Abstimmung) der Streik in den Bäckereien beschlossen wurde, die nicht bewilligt hatten. Im ganzen Streikgebiet Kiel, Gaarden, Neumühlen, Dietrichsdorf und Friedrichsdorf waren vor Ausbruch des Streiks in 160 Bäckereien 240 Gesellen und 170 Lehrlinge beschäftigt. Am Abend des Tages des Streikausbruchs konnten in 32 geregelten Betrieben 102 Gesellen zu neuen Bedingungen weiter arbeiten, während 84 Kollegen, darunter 4 verheiratete mit 7 Kindern, in die Streikliste aufgenommen wurden. Von diesen 84 Kollegen waren 28 vor dem Streik schon arbeitslos, es legten also 56 Gesellen die Arbeit nieder.

Am 27. März beschloß das Kartell und Tagz darauf eine Volksversammlung den Boykott, der mit der Verbreitung von 30 000 Flugblättern eingeleitet wurde.

Am 30. März hatten 66 Betriebe mit 147 Gesellen die Forderungen bewilligt, da nahm der Arbeitgeberverband die Bäckereinnung unter seine schützenden Fittiche. Nun begann ein heißes Ringen zwischen den Kämpfenden; die Innung versuchte durch Schließung der Herberge die Streikenden abdrücken zu machen; als das fehlgeschlagen, beschloß sie, daß die Inhaber der nicht geregelten Betriebe anstatt bisher 6 jetzt 8 Rindstücke für 10 S geben sollten, um den geregelten Betrieben schlimmste Konkurrenz zu machen; dann begann seitens der Innung der schmutzige Annoncenkampf in der bürgerlichen Presse, wo dem Publikum alles mögliche vorgeschwindelt wurde; alles nützte nichts.

Am 10. April waren 80 Betriebe mit 156 Gesellen geregelt; es standen noch 28 Kollegen im Ausstände, während 25 abgereist waren und 30 der Streikenden in geregelte Betriebe noch in Stellung gekommen waren; ein Streikender war abtrünnig, also Streifbächer geworden. Die Versammlung beschloß mit 80 gegen 17 Stimmen das Ende des Streiks; der Boykott wurde von der Arbeiterschaft gegen die ungeredelten Betriebe weiter geführt. Da entbeden die Kieler Gerichte ein ganz neues Mittel, den Boykott unmöglich zu machen. Durch einstweilige Verfügung des Gerichts wurde der Lohnkommission und dem Kartellvorstand untersagt, noch fernere Namen der geregelten oder ungeredelten Geschäfte und ebenso wenig Anforderungen an das Publikum, den Boykott weiter zu führen, in der Presse zu erlassen. Diese einstweiligen Verfügungen wurden angefochten, in erster Instanz auch für ungültig erklärt, von der zweiten Instanz jedoch bestätigt. Gegen die Bestätigung ist Veranlassung eingelegt und der Prozeß noch nicht beendet. Auch mit diesem Mittel hat man uns nur genügt, denn damit trug man kolossale Erbitterung in die Bevölkerung und der Boykott wurde mit größter Schärfe weitergeführt. So ist in dem endgültigen, für uns sehr günstigen Resultat am Schluss des Streiks keine Aenderung eingetreten. Der Streik kostete dem Verbands 300.72 M, wovon 228.99 M aus der Hauptkasse des Verbandes erforderlich waren.

In Lübeck wurden am 7. April folgende Forderungen an die Innung eingereicht:

1. Kost und Logis wird vom Arbeitgeber nicht mehr verabsolgt, es wird hierfür ein Lohnzuschlag von 11 M pro Woche bezahlt. Der Mindestlohn beträgt 21 M pro Woche. Löhne, welche jetzt schon höher sind, dürfen nicht gekürzt werden.
 2. Die Arbeitszeit beträgt 12 Stunden einschließlich einer Stunde Pause.
 3. Gesetzlich erlaubte Ueberstunden sind mit 50 % pro Stunde zu bezahlen.
 4. Regelung des Arbeitsnachweises.
- An die 5 im Streikgebiet bestehenden Brodfabriken zu gleicher Zeit folgende, etwas weitergehende Forderung ab:
1. Der Mindestlohn beträgt 25 M pro Woche; bestehende Vergünstigungen dürfen jedoch nicht gekürzt werden.
 2. Die Arbeitszeit ist eine 10stündige; die Arbeitswoche hat 6 Schichten.
 3. Ueberstunden werden pro Stunde mit 50 % bezahlt, sind jedoch soviel wie möglich zu vermeiden.
 4. Anerkennung des Arbeitsnachweises des Bäckerverbandes.

In letzterer Forderung wurde von den Brodfabriken eine Lohnherabsetzung von 1 M pro Woche und eine tägliche Arbeitsvermehrung um eine Stunde gegenüber den bisherigen Verhältnissen in diesem Betrieb verlangt. Am 10. April wurde von der Innung und ebenfalls von

den Brodfabrikanten Antwort verlangt; diese ersuchten aber um eine Frist bis 16. April, welche ihnen denn auch gewährt wurde. Aus den gleichlautenden Schreiben beider Parteien, der Innung als den Brodfabrikanten, ging aber ohne weiteres hervor, daß sich die sonst so feindseligen Brüder jetzt in den Armen lagen und durch die Forderungen ihrer Arbeiter zu einer reaktionären Masse vereint waren. Und der Brodfabrikant Junge konnte die Zeit gar nicht abwarten, bis der Kampf losging. Am 12. April fragte er einen seiner Arbeiter, ob er auch an den Forderungen des Verbandes festhalte und als dieses bejaht wurde, erfolgte sofort dessen Entlassung.

Am 14. April erklärten sich dann die übrigen 10 bei Junge beschäftigten Arbeiter mit ihrem entlassenen — gemahregeltem — Kollegen solidarisch und legten die Arbeit nieder. Der Herbergswirt bot sofort alles auf, Streifbächer für Junge zu beschaffen und wiederholte Versuche des Verbandsvorsitzenden, mit Junge zu verhandeln, scheiterten an dessen Ausrede, daß er sich bei seinen Kollegen verpflichtet habe und nicht verhandeln dürfe. — Es war also klar, daß Innungsmeister und Brodfabrikanten sich bei hoher Konventionalstrafe verpflichtet hatten, sich auf nichts einzulassen. Statt dessen suchten sie nun im Trüben zu fischen und bewegten die allezeit innungstreue Gesellenbrüderschaft, daß diese in einer Versammlung am 12. April mit 61 gegen 17 Stimmen sich als Gegnerin der Verbandsforderungen erklärte. So sprengte man die Gesellen in zwei Lager und am 15. April kam dann die Antwort von der Innung, wie von den Brodfabrikanten, daß man sich auf nichts einlasse. Alle diese Vorgänge hatten die größte Erbitterung unter die Verbandsmitglieder gebracht.

Am 16. April wurde eine Einigung mit den beiden Brodfabriken in Jährenitz erzielt; diese bewilligten die tägliche 10 1/2 stündige Arbeitszeit und 24 M Minimallohn.

Am gleichen Tage erklärte auch das Gewerkschaftskartell, den Kollegen die Unterstützung der Arbeiterschaft angezeihen zu lassen und wurden die Forderungen den einzelnen Arbeitgebern zugesandt.

Am 17. April ließen gedruckte Formulare der Meister ein, daß sie sich auf nichts einlassen würden, sondern nur der Innung Vorkraft gegeben hätten, in ihrem Namen zu handeln. Es zeigte auch dieses, daß Winkmann wie in Kiel so auch hier der Scharfmacher war, der ganz nach Schema F handelte.

Trotzdem der Verbandsvorsitzende darauf aufmerksam gemacht hatte, welche schwerer Kampf bevorstünde, wurde mit 78 gegen 18 Stimmen der Streik beschlossen. Am Tage der Streikproklamierung hatten im Streikgebiete Lübeck, Stadelndorf, Jadenburg, Schwartau und Jährenitz 13 Betriebe mit 73 Gesellen bewilligt, wo weitergearbeitet wurde, während 33 Mitglieder, darunter 13 Verheiratete mit 16 Kindern die Arbeit niederlegten.

Am 20. April sollten 25 000 Flugblätter und Einladungen zu 4 Volksversammlungen verbreitet werden, da erliefen die einstweilige Verfügung nach Kieler Muster und nun wurden nur die Versammlungseinladungen verbreitet. Desto imposanter verliefen nun die 4 Volksversammlungen in Stadelndorf, Jadenburg, Lübeck und Schwartau. Die Gerichte hatten für die nötige Begeisterung der Arbeiterschaft zur Boykottführung gesorgt.

Am 26. April hatten 16 Bäckereien mit früher 79 Gesellen, die aber jetzt 98 beschäftigten, bewilligt, 1 Streifenarbeiter hatte eine eigene Bäckerei errichtet und beschäftigte 3 Gesellen; 17 Betriebe mit 101 Gesellen waren also geregelt, das waren alle leistungsfähigen Bäckereien, während die Kleinkrauter, die sich von den Scharfmachern hatten ausheben lassen, für sich und ihre Streifbächer nichts mehr zu tun hatten und viele nun zum Tempel hinausgejagt wurden. 5 Streikende waren abgereist und 20 befanden sich noch im Streikgebiet.

Mit der einstweiligen Verfügung glaubten die Bäckereimeister und der Scharfmacherverband, den Boykott untergraben zu haben, waren aber nicht wenig erstaunt, als jetzt jede Woche Flugblätter von einer Hamburger Druckerei kamen und in Massen verbreitet wurden. Die ganze bürgerliche Presse und alle bürgerlichen Parteien setzten jetzt alles daran, den Kampf zu einem politischen zu stempeln und durch sie wurde zum 3. Mai eine Massenversammlung einberufen, jene denkwürdige Versammlung, in welcher dem Innungsanzwärt Dr. Wittern wie dem Scharfmacher Winkmann von Almann und einer Anzahl Rednern aus Lübeck so gründlich beimgehauen wurde, daß sie nicht einmal mochten, ihre Resolution gegen den Boykott zur Abstimmung zu bringen. Darauf folgte anderen Tages ein noch imposanterer Versammlung der Arbeiterschaft im selben Lokale, welche mit Energie für Durchführung des Boykotts einzutreten versprach.

So nützte alle Scharfmacherei den Arbeitgebern nichts und als am 29. Mai nach Gweddinge Tauer der Streik für beendet erklärt wurde, beschäftigten die 17 geregelten Betriebe 111 Gesellen und es waren noch 10 Streikende vorhanden, während 5 abgereist waren. — Auch über die einstweilige Verfügung des Gerichts in Lübeck während unseres Kampfes kommt der Prozeß nicht von der Stelle.

Der Streik in Lübeck kostete 36 001 M, davon kamen aus der Hauptkasse des Verbandes 2543.64 M.

Den Miesenkampf in Berlin, welchen wir dieses Jahr mit so großem Erfolge durchgemacht haben, hätte nach vor kurzer Zeit niemand als so nahe bevorstehend vorausgesehen. Es wirkten verschiedene Umstände mit, welche den Kampf jetzt schon unermüdlich machten den man sonst erst in grauer Ferne erwartet hätte. Durch ihren schändlichen Wortbruch gegenüber den Tarifabmachungen vom Jahre 1900 hatten die Berliner Innungsführer für die nötige Erbitterung unter den dortigen Kollegen gesorgt. Dazu gingen diese Herren bei jeder Lohnbewegung in einer anderen deutschen Stadt mit der größten Brutalität vor, die armen arbeitslosen Kollegen zum Streifbruch zu zwingen. Das war auch wieder am 17. März der Fall, wo Streifbächer in Berlin für München angeworben werden sollten. Verbandsmitglieder führten vor den Innungskollegen wie bei den Seelenderkäufern eine scharfe Kontrolle und die Polizei griff dabei in der Dürrenstraße mit größtem Ungeschick ein, so daß der Aufruhr unter den Kollegen bis zur Siebentage hing.

In der Versammlung am 22. März kamen infolge dieses Umstandes Massen von Kollegen zusammen, wie sie Berlin seit Jahren nicht gesehen hatte. Als dann noch der Referent die Meinung kund gab, es sei an der Zeit, auch für Berlin Forderungen zu stellen, da löste sich ein Beifallssturm. 40 neue Mitglieder wurden in dieser Versammlung für den Verband gewonnen. In der Versammlung der Verbandsmitglieder am 29. März, wo wieder 26 Aufnahmen für den Verband erfolgten und 200 Mitglieder zugeworben waren, wurden die Forderungen für einen Tarifvertrag formuliert und am 2. April an die Innung eingereicht.

In der Sitzung beider Innungsvorstände am 6. April erklärten die Herren sämtliche Forderungen für unerfüllbar und lehnten sie rundweg ab.

Nun wurden am 12. April in einer Versammlung die Gesellenausschüsse beauftragt, die Forderungen einzureichen und mit den Innungsvorständen zu unterhandeln.

Am 13. April fand eine Versammlung beider Innungen statt, die das Verlangen nach einem Tarif ablehnte. In dieser Versammlung fielen die löstlichen Worte des Herrn Bernard, daß die Meister die Forderungen nur unterschreiben sollten; es hindere sie jedoch nichts daran, die Bewilligung nicht in neu zu halten, sobald sie Arbeitswilligen ersah für ihre Gesellen zur Verfügung hätten. — Das war also die größtmögliche Brutalität und beutlichste Aufforderung zum Wortbruch für die Meister! Nun prahlten die Innungen und ihre erbärmlich redigierten Schmutzblätter mit den zur Verfügung stehenden Streifbächern; 135 sollten schon angekommen sein und Hunderte in anderen Städten bereit stehen, nach Berlin zu kommen; Tausende von Bäckereimeisterköhnen würden sich als Streifbächer einstellen, sobald der Streik erklärt würde. — Alles war blunder Schwindel, wie sich bald herausstellen sollte! Die Mitgliedschaften und Einzelmitglieder und sämtliche Kartelle wurden unterrichtet, welche kolossaler Kampf in Berlin bevorstehe und das half; man ließ nirgends die Bäckereimeister und ebenso wenig deren streifbruchwütigen Söhne aus den Augen!

Am 3. Mai verhandelten endlich die Innungsvorstände mit den Gesellenausschüssen. Von den 11 gestellten Forderungen erklärten sie nur die eine, Gewährung von je einer Freinacht an Ostern, Pfingsten und Weihnachten für berechnig, aber undurchführbar. Eine Verhöhung sondergleich! Am 4. Mai verhandelte die Gewerkschaftskommission über unsere Lohnbewegung und sagte uns größtmögliche Unterstützung zu.

Am 9. Mai wurden folgende Forderungen den einzelnen Meistern im Streikgebiet (dazu gehörten: Berlin, Mitzdorf, Trib, Charlottenburg mit Westend, Schöneberg, Wilmersdorf, Friebebau, Steglitz, Reinickendorf, Ziegel, Bantow, Niederhohenhausen, Alt- und Neu-Weißensee, Friedrichshagen, Friedrichsheide, Lichtenberg und Stralau-Nummelsburg) zugesandt:

1. Kost und Logis wird den Gesellen von mir nicht mehr verabsolgt. An Stelle dessen tritt ein Zuschlag von 12 M zum bisherigen Wochenlohn.
2. Als Minimallohn wird den Gesellen gezahlt, da in meiner Bäckerei 1 und 2 Gesellen arbeiten: 21 M; da in meiner Bäckerei 3—7 Gesellen arbeiten: 23 M; da in meiner Bäckerei 8 und mehr Gesellen arbeiten: 25 M. (Das Unzutreffende ist zu durchstreichen.)
3. Die bisher gezahlten höheren Löhne werden hierdurch nicht gekürzt.
4. Naturalbezüge irgend welcher Art, falls ich solche gewähre, werden vom Lohne nicht in Abzug gebracht.
5. Gesetzlich zulässige Ueberstunden werden den Gesellen mit 60 % pro Stunde vergütet.
6. An den drei hohen Festen: Ostern, Pfingsten und Weihnachten wird jedem Gesellen je eine Freinacht gewährt.
7. Bei Bedarf von Arbeitskräften werde ich dieselben sämtlich von dem für beide Teile kostenlosen Arbeitsnachweis der Mitgliedschaft Berlin des deutschen Bäckerverbandes (Bureau: Berlin O. Rosenbalerstr. 11/12) beziehen. Neben einzelnen Bewilligungen, hauptsächlich von Großbetrieben, kamen anderen Tags in 15 Briefen die unflätigsten Gemeinheiten der Bäckereimeister als Antwort zurück. Sie werden noch in späterer Zeit ein Spiegelbild von der „Bildung“ Berliner Bäckereimeister sein. Die Herren ahnten nicht, daß alle ausgehenden Formulare von der Streikleitung mit größter Genauigkeit mit einem Zeichen versehen waren. Wir kennen eben unsere Ausbunde von Bildung und trafen auch hier unsere Vorichtsmaßregeln, diese „leinen“ Herren der Bevölkerung besonders empfehlen zu können!

In der Mitgliederversammlung am 10. Mai wurde mit 2250 gegen 67 Stimmen der Streik beschlossen und die darauf stattfindende öffentliche Versammlung beschloß mit über 4000 Stimmen ohne eine Gegenstimme, sofort die Arbeit einzustellen.

Private Schlichtstellen für die Streikenden waren besorgt und für jede Schlichtstelle ein Vertrauensmann ernannt, der keine ihm anvertrauten Kollegen beaufsichtigte. Am Schluß des ersten Streiktages hatten 195 Betriebe mit 900 Gesellen bewilligt, darunter alle Großbetriebe. Welche Miesearbeit in nervenzerrüttender Aufregung von den Streikleitern und Vertrauensleuten verrichtet wurde, davon kann sich nur der ein Bild machen, der solche Kämpfe, wo die Ereignisse blücheln herinbrechen und sich bald jede Stunde ändern, selbst in leitender Stellung mitgemacht hat!

Am 11. Mai wurde über das ganze Streikgebiet in einer Auflage von 700 000 ein Flugblatt mit größter Präzision verbreitet. — Die so sehnlichst erwarteten Streifbächer blieben aus; nur 156 kamen von auswärtig an, von denen noch 92 sich zur Rückkehr bewegen ließen, als sie den Stand der Dinge erfuhren. Die so großräuberischen Innungsmacher ließen am 13. Mai ein Plakat an den Aufschlagäulen anheften, durch das sie de- und wehrlosig frühere Bäckereibater, ihnen doch in der Not zu helfen und sich zum Streifbächer herzugeben. Das hatte natürlich auch nicht den geringen Erfolg. An diesem Tage konnte festgestellt werden, daß bereits 1100, also die Hälfte der Bäckereien des Streikgebietes bewilligt hatten.

Nachdem die Eintragungen in die Streiklisten vollzogen wurde festgestellt, daß 4088 Kollegen, davon 390 Verheiratete mit 542 Kindern, in den Streik eingetreten waren. Nachdem der Kampf sich mehr und mehr zu unseren Gunsten entschied, die Arbeiter und vor allen Dingen die Arbeitertruppen, aufgeregelt durch die Gemeinheiten der Innungsmacher, mit größter Energie den Boykott durchführten, mochten es die Innungsgewaltigen endlich, am 16. Mai eine Versammlung beider Innungen abzuhalten. Vorhischhalber hatten sie sich aber den Hamburger Scharfmacher Winkmann und der Sekretär des Arbeitgeberverbandes Rasse herbeigezogen, die sie unterstützen sollten, wußten sie doch, daß der Unwille der Meister sich auf ihrem Haupt entladen würde. Und es fielen Worte der Innungsgewaltigen, die den Mäckern noch lange Zeit in den Ohren klingen werden, wie: „Das war das Jena der deutschen Bäckereimeister“ und „Der Innungsvorstand krümmte sich wie ein Wurm, als das erste Flugblatt“ erschien.

Rasse und Winkmann organisierten nun den Widerstand

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Der abgeschlossene Tarif lautet:

Vereinbarung.

Nach Sachverhandlung kam zwischen der Bäckerzweigvereinigung München einerseits und dem Innungs-Gesellen-Ausschuss und dem Verbande der Bäcker Deutschlands, Mitgliedschaft München, andererseits, heute vor dem Einigungsamt folgende Vereinbarung zustande:

Die Münchener Bäckereibetriebe werden in drei Klassen eingeteilt: 1. Klasse: Betriebe mit 6 Gehülften und mehr. 2. Klasse: Betriebe mit 4 und 5 Gehülften. 3. Klasse: Betriebe mit 3 Gehülften und weniger.

Der Lohn beträgt: 1. Klasse: Schiefer 27 M., Wäcker 23 M., Vorder-Postler 20 M., Mitter-Postler 18 M., Hinter-Postler 17 M. 2. Klasse: Schiefer 25 M., Wäcker 21 M., Vorder-Postler 18 M., Mitter-Postler 17 M., Hinter-Postler 16 M. 3. Klasse: Schiefer 23 M., Wäcker 19 M., Postler 15 M. Wäcker als Ofenarbeiter erhalten pro Woche 2 M. mehr.

Die Frühkassette und Schlafen, sowie für Brot im Werte von 30 S darf am Lohne nicht abgezogen werden. Wo jetzt schon höhere Löhne gezahlt werden, dürfen dieselben nicht gekürzt werden. Die Lohnzahlung findet am Montag statt. In denjenigen Betrieben, wo sie bisher am Sonntag stattfand, bleibt es bei diesem Verkommenen.

Die Arbeit beginnt an Wochentagen in der Regel nachts 10 Uhr, endet an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen in den Sommermonaten (1. April bis 1. Oktober) früh 8 Uhr, in der übrigen Zeit früh 9 Uhr.

Streitigkeiten, die aus dem Tarif entstehen, werden durch ein Tarifamt zu schlichten versucht. Dasselbe besteht aus 3 Innungsmeistern und 3 Gehülften, die in Arbeit stehen. Den Vorsitz im Tarifamt führt abwechselnd der Vorsitzende des Gesellen- und Herbergbauausschusses und der Mitglieder der Innung. Sollte in dem Tarifamt eine Einigung nicht zu erzielen sein, so ist der Vorsitzende des Gewerbegerichts um Übernahme des Vorsitzes mit Stimmrecht zu ersuchen. Der Entscheid ist in diesem Falle endgültig. Dem Vorsitzenden steht jedoch das Recht zu, wenn die sämtlichen Stimmen der Arbeitgeber den sämtlichen Stimmen der Arbeitnehmer gegenüberstehen, sich seiner Stimme zu enthalten.

Der Tarifkommission obliegt es zunächst, die Mindestleistung der einzelnen Arbeiter festzustellen.

Der Tarif wird gleich der Backstabenordnung in jeder Bäckerei in geeigneter Weise aufgehängt.

Vorliegender Tarif gilt für die Zeit vom 1. April 1904 bis 31. März 1906, und wenn von seiner Seite eine Kündigung erfolgt, gilt derselbe je auf ein weiteres Jahr. Die Kündigung muß ein Monat vor Ablauf der genannten Frist erfolgen. Der kündigende Teil hat sofort das Gewerbegericht München als Einigungsamt anzurufen.

Rünchen, den 17. März 1904.

Von beiden Parteien, der Innung sowohl als unserer Mitgliedschaft, wurde nun alles daran gesetzt, den Tarif in allen Bäckereien zur Durchführung zu bringen.

Am 7. Mai bereits verurteilte das Gewerbegericht in München einen Meister, der den Tarif nicht einhielt, zur Rückzahlung von pro Woche 5.85 M. an jeden seiner beiden Gehülften. So hat das Gewerbegericht bisher in allen Fällen entschieden und auch dieser Umstand trug sein Teil mit dazu bei, den Tarif überall zur Durchführung zu bringen.

So haben vernünftige Einsicht der Münchener Innung und gute Organisation unserer dortigen Kollegen, die seit dem Tarifabschluß in ständigem Wachstum begriffen ist, in München ein vorbildlich musterhaftes Arbeitsverhältnis geschaffen zum Nutzen des ganzen Gewerbes.

Die Tarifbewegung in den Bergisch-Märkischen Brotfabriken.

Daß es uns in diesem Jahre auch gelingen würde, für die Brotfabriken eines ganzen Landestheiles einen Tarif zur Einführung zu bringen, daran dachte zu Beginn des Jahres wohl kaum ein Mitglied. Und doch ist es gelungen und die Verdienste sind einigen einsichtsvollen Brotfabrikanten jener Gegend, ebenso dem Geschick unserer dortigen Führer und vor allen Dingen dem Umstände zuzuschreiben, daß sich endlich unsere Kollegen dieser Betriebe zum Selbstbewußtsein aufgeschwungen und sich organisiert haben.

Einen schönen Erfolg erzielten Mitte März die sämtlich organisierten Kollegen der beiden Brotfabriken Wagner und Borlinghaus in Remscheid, die so ganz unter sich darüber einig geworden waren, mit Forderungen an ihre Arbeitgeber heranzutreten. In beiden Betrieben übernahmen die Pastmeister die Mission und erzielten beide sofort eine Bewilligung ihrer Wünsche. Der erzielte Erfolg ist am besten aus folgender Zusammenstellung ersichtlich. Es erhielten bisher an Lohn bei:

Wagner		Borlinghaus	
1 Mann a 21 M. = 21 M.	3 Mann a 11 M. = 33 M.	1 Mann a 12 M. = 12 M.	1 Mann a 14 M. = 14 M.
4 " a 22 " = 88 "	1 " a 12 " = 12 "	1 " a 14 " = 14 "	1 " a 20 " = 20 "
1 " a 40 " = 40 "	1 " a 20 " = 20 "	1 " a 20 " = 20 "	1 " a 35 " = 35 "
6 Mann im ganzen 149 M.	6 Mann im ganzen 79 M.	3 Mann a 24 M. = 72 M.	1 " a 25 " = 25 "
In Zukunft bei	Wagner	1 " a 25 " = 25 "	1 " a 26 " = 26 "
4 Mann a 24 M. = 96 M.	3 Mann a 24 M. = 72 M.	1 " a 26 " = 26 "	1 " a 35 " = 35 "
2 " a 26 " = 52 "	1 " a 25 " = 25 "	1 " a 26 " = 26 "	
1 " a 40 " = 40 "	1 " a 35 " = 35 "		
7 Mann im ganzen 188 M.	6 Mann im ganzen 158 M.		

Die beiden Brotfabriken zahlen also jetzt wöchentlich 118 M. mehr an Lohn als bisher. Allerdings waren die Kollegen bei Borlinghaus bisher noch in Kost und Logis, erhalten aber hierfür eine Entschädigung von 13 resp. 15 M. pro Woche, während bei Wagner neben einer kleinen Lohnerhöhung hauptsächlich die Einstellung eines 7. Kollegen erzielt wurde. Der erzielte Erfolg ist also ein ziemlich bedeutender und dies besonders, wenn man berücksichtigt, daß sie es durch bloßes Vorstelligwerden erzielten. Allerdings haben die Kollegen es ihrer Einigkeit zu verdanken, die überall bekannt war und tatsächlich musterhaft für die Kollegen sämtlicher übrigen Brotfabriken im Rheinland war. Diese Einigkeit, die natürlich auch im Arbeitsverhältnis zum Vorteil auch des Unternehmers ist, wird diesem hauptsächlich durch die Achtung abgezogen haben und infolgedessen die sofortige Bewilligung.

Diese Erfolge waren auch mit die Ursache, daß in einer Sitzung der Gewerkschaft und Mitgliedschaft Elberfeld am 6. April letztes Tarifverlangen an den Bergisch-Märkischen Brotfabrikantenverband gestellt wurde:

I. Löhne.

Hierzu wurden zwei Gruppen gebildet. Die erstere bilden die Backstabenarbeiter; für diese beträgt der Minimallohn 24 M. Die zweite Gruppe besteht aus den Teigmachern und Ofenarbeitern; für diese beträgt der Minimallohn 26 M. Solchen Arbeitern, die die Verantwortung für die Ware tragen oder die Stelle eines Meisters vertreten, sind jedoch mindestens 28 M. wöchentlich zu bezahlen. Wäcker schon höher bezahlte Posten dürfen nicht gekürzt werden, auch darf bisher schon gewöhntes Freibrot usw. nicht entzogen werden. Ueberstunden nach Forderung II werden mit 50 S. bezahlt. Als Ueberstunden gelten künftig auch die Sonntags-du jour-Stunden.

II. Arbeitszeit.

A. In Betrieben mit Doppelschichten wechseln sich die selben wöchentlich mit sämtlichen Arbeitern ab.

B. Jede Schicht arbeitet wöchentlich nur 6 Schichten.

C. Die Arbeitszeit ist incl. einer 15minütigen Pause eine 12stündige täglich.

D. An Nächten zwischen zusammenfallenden Sonn- und gesetzlichen Feiertagen darf nicht gearbeitet werden.

III. Arbeitsvermittlung.

Bei Bedarf von Arbeitskräften sind dieselben vom Arbeitsnachweis des deutschen Bäckerverbandes, Mitgliedschaft Elberfeld, zu beziehen. Weitere Bestimmungen hierüber sind zwischen beiden Parteien festzulegen.

IV. Bade-Einrichtung.

In jeder Brotfabrik ist den Arbeitern eine Badeeinrichtung nebst Ankleide- und Erraum zur Verfügung zu stellen, die den gesundheitlichen, hygienischen Anforderungen entsprechend eingerichtet sein müssen.

V. Tarifvertrag.

Vorliegende Bestimmungen bilden einen Tarifvertrag zwischen dem Bergisch-Märkischen Brotfabrikantenverband einerseits und der Mitgliedschaft Elberfeld des Deutschen Bäckerverbandes andererseits. Derselbe tritt mit dem 1. Mai 1904 in Kraft und kann nach zwei Jahren wiederum zum 1. Mai durch eine dreimonatliche vorherige Ankündigung durch eine der beiden Organisationen gelöst werden. Andernfalls geht derselbe stillschweigend unter denselben Bedingungen auf ein Jahr weiter und falls er auch dann nicht aufgekündigt wird, weiter von Jahr zu Jahr.

VI. Der Tarifvertrag.

Ist in jedem Betriebe an einer den Arbeitern sichtbaren Stelle auszuhängen.

Obige Forderungen wurden alsdann der Versammlung am 10. April unterbreitet und nach Ablehnung einiger Abänderungs- bzw. Erweiterungsanträge gutgeheißen. Die Lohnkommission wurde beauftragt, dieselben sofort dem Vorstande des Fabrikantenverbandes zu unterbreiten. Bereits am 11. April wurden die Forderungen mit einem höflichen Begleitschreiben dem Vorstande eingekandt, worauf am 16. April die Antwort eintraf, daß zu einer Versammlung der Brotfabrikanten am 20. April die Arbeitervertreter zu Verhandlungen zugegen sein möchten. Diese Verhandlungen wurden von beiden Seiten mit Sachlichkeit geführt und in verschiedenen Punkten zeigten die Fabrikanten Entgegenkommen.

Am 23. April beschloß eine Versammlung unserer an der Bewegung beteiligten Mitglieder, Schritte an den gestellten Forderungen festzuhalten und am 27. April fanden abermals Verhandlungen über den Tarif statt, desgleichen am 26. und 31. Mai.

Von den Fabrikanten wurden mancherlei Einwände gemacht, die jedoch von dem Vertreter der Kollegen leicht widerlegt werden konnten, bis endlich nach 31-stündiger Sitzung sämtliche Tarifforderungen mit Ausnahme des Arbeitsnachweises angenommen wurden. Ein Restus, nämlich Aufzählungsarbeiten bis zu einer gewissen Grenze nicht als Ueberstunden berechnet werden, soll in dem Tarif Aufnahme finden. Im Tarif wäre nunmehr folgendes festgelegt:

Der Minimallohn beträgt für Backstabenarbeiter 24 M. für die Gruppe II (Teigmacher, 1. und 2. Ofenarbeiter) 26 M.

Verantwortliche Leiter des Betriebes erhalten mindestens 28 M.

Bisher schon höher bezahlte Posten dürfen nicht gekürzt werden.

Freibrot zum Verzehren im Betrieb wird gewährt. Ueberstunden, soweit sie gesetzlich zulässig, werden mit 50 S. pro Mann und Stunde bezahlt. Als Ueberstunden gelten auch die Sonntags-du jour.

In Betrieben mit Doppelschichten wechseln sich die Schichten mit sämtlichen Arbeitern wöchentlich ab. Jede Schicht arbeitet wöchentlich 6 Schichten.

Die Arbeitszeit beträgt inklusive einer einständigen Ruhepause täglich 12 Stunden. In jedem Betrieb ist den Arbeitern eine Badeeinrichtung nebst Ankleide- und Erraum zur Verfügung zu stellen, die den hygienischen Anforderungen genügen.

In der starkbesetzten Brotbäckerverammlung am 5. Juni wurden die Abmachungen mit den Brotfabrikanten einstimmig gutgeheißen und angenommen.

In Rönneid bei Berlin kam auch ein Tarif zustande. Dort gingen die Kollegen schon während des Berliner Streiks sehr hoch, obgleich Rönneid nicht zum Streikgebiet gehörte. Es fand sich am 18. Mai eine gut besuchte Versammlung der Gesellen zusammen, in der beschlossen wurde, die betreffenden Forderungen an die Meister einzureichen. Es wurde ein Gesellenauschuss gewählt, der den Tarif ausarbeitete. Als Hauptforderung stand: 1. Kost und Logis außer dem Hause des Meisters; 2. Minimallohn 21 M.; 3. Abschaffung der Kommissionäre; 4. Bezahlung der Ueberstunden mit 60 S. pro Stunde; 5. Festlegung des Tarifes beim Gewerbegericht auf zwei Jahre. Nach: in dieser Entwurf den hiesigen Kollegen vorgelegt und von denselben gutgeheißen war, sandte ihn der Gesellenauschuss am 2. Juni der Innung zu. Obermeister Stiehr berief zum 6. Juni eine Versammlung der Meister ein, zu der auch der Gesellenauschuss eingeladen wurde. Eingeladener durch das machvolle Eintreten der Berliner Bevölkerung für die Interessen der dortigen Bäckereiarbeiter, wollten es die hiesigen Meister nicht erst auf einen Kampf ankommen lassen. Deshalb wurde der Tarif voll und ganz angenommen. Nur wollten die Meister bloß ehrenwörtlich ihre Zustimmung geben. Die Gesellen glaubten den Meistern und so kam ein Tarif zustande. Zum 14. Juni hatte der Obermeister Stiehr nochmals eine Versammlung einberufen, in der die Beschlüsse der Gesellen bekannt gegeben wurden. Dazu war Kollege Reichold aus Berlin hinzugezogen. Dieser sollte zunächst nicht sprechen, da er noch nicht genügend vorbereitet war. Er sprach dann das Erlaubten die Herren Meister nicht; aber im Saale durfte er doch verweilen! Es machte sich nun auf Seite der Meister eine starke Opposition gegen den Tarif bemerkbar. Gewählt wurde nun eine Kommission (4 Meister, der Gesellenauschuss und Kollege Reichold), die im Nebenzimmer volle zwei Stunden verhandelte. Mit Mühe und Not kam ein Tarif zustande, der noch so ziemlich den Forderungen der Gesellen entsprach. Er wurde nun den Meistern vorgelesen und nach einigem Diskutieren angenommen und auch ehrenwörtlich unterschrieben. Anderen Tages sollte der Tarif nebst den Unterschriften der Meister in den hiesigen Zeitungen veröffentlicht werden, aber noch heute warten wir darauf. Die Meister hatten sich dies schnell anders überlegt. Unter Führung des Herrn Obermeisters Bernard aus Berlin waren am folgenden Tage einige Herren vom Boykott-Abwehrausschuss in Rönneid erschienen und hielten den größten Teil der Meister zusammen. Man legte ihnen in dieser Versammlung aus Verze, sich ja nicht unter die „Fuchtel“ der Sozialdemokratie zu beugen. Die Folge davon war, daß am selben Tage fast alle Meister ihre Bewilligung zurückzogen. Nur fünf Meister hielten es nicht mit ihrer Ehre im Einklang, den Gesellen das gegebene Wort zu brechen und führten den Tarif in ihren Betrieben durch. Einige Meister setzten sogar ihre Gesellen einfach auf Pfahle, anstatt ihr Ehrenwort zu halten. Damit der Tarif mit den Namensunterschriften der Meister nicht erst in die Zeitungen kam, zahlte die Innung den ganzen Satz. Doch sorgten die Gesellen dafür, daß das Publikum schnell Kenntnis von der Handlungsweise der Bäckereimeister erhielt. Es wurden Flugblätter verbreitet und zum nächsten Mittwoch, den 13. Juli, eine öffentliche Volksversammlung einberufen. Diese war sehr stark besucht und wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Rönneider Bäckereimeister haben den vor dem Berliner Gewerbegericht festgelegten Tarif zu unterschreiben; 2. das Publikum spricht den Bäckergesellen seine vollste Sympathie aus und verspricht, nur in den Betrieben Ware zu kaufen, in welchen der Tarif mit Unterschrift und Verbandsstempel ausgehängt ist.

Die fünf bewilligten Betriebe wurden bekannt gegeben und sämtliche 32 anderen gesperrt. Die Wirkung des Boykotts zeigte sich schon am folgenden Tage in großartiger Weise. Es unterschrieben den Tarif innerhalb der nächsten 48 Stunden 26 Bäckereimeister. Es wurde nun nochmals ein Flugblatt herausgegeben und wiederum eine gut besuchte Versammlung abgehalten, nach der noch zwei Meister den Tarif unterschrieben. Es wird jetzt insgesamt in 29 Betrieben nach dem neuen Tarif gearbeitet. Davon verweigert ein Meister die Unterschrift. Acht Betriebe haben den Tarif nicht anerkannt.

Lohnbewegungen in einzelnen Betrieben. Anfangs des Jahres hatten sich die 15 Arbeiterinnen der Bregel-Fabrik von J. Bader in Freiburg im Br. unserem Verbandsangehörigen. Um deren klagwürdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern, wurden Mitte Februar folgende Forderungen an den Unternehmer gestellt:

1. Abschaffung des Straßensens und der Schimpfnamen; 2. Abrechnung über die Straßensens; 3. Erhöhung des Preises für 100 Stück Bregel von 4 auf 5 S.; 4. Erhöhung des Stundenlohnes von 20 auf 30 S. für Sieden.

Nach Vorfinden des Gewerkschaftsstellens Genossen Christensen wurden diese geringfügigen Forderungen Herrn Bader persönlich vorgebracht und er versprach, die Punkte 1, 2 und 4 sofort zu bewilligen, während er sich bei Punkt 3 noch eine Bedenkzeit erbeiten hat, bis heute aber noch keine Antwort an den stellvertretenden gelangen ließ. Uns ist nur eine Heuzerung der Arbeiterinnen gegenüber bekannt, daß er für 100 Bregel nicht mehr bezahlen würde. Durch die Erhöhung des Stundenlohnes von 20 auf 30 S. verdient nun eine Arbeiterin 2 bis 2.50 M. pro Woche mehr, jedoch also der Erfolg der Lohnbewegung ein zufriedenstellender ist. Leider haben diese Arbeiterinnen darauf sofort wieder unserem Verbandsangehörigen den Rücken gekehrt.

Der Vorsitzende unserer Mitgliedschaft erhielt aus Anlaß dieser Lohnbewegung eine Anfrage wegen angeblichen Erpressungsverdachts, wurde aber am 23. August vom Gericht freigesprochen.

In der Pöschbäckerei Seidl in München machte sich im März große Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen bemerkbar. Von den 62 dort beschäftigten Kollegen gehörte die große Mehrzahl dem Verbande an und in einer Versammlung formulierten sie ihre Beschwerden. Unter Gamleiter wurde bei der Firma vorstellig und erreichte die Befriedigung der Beschwerden; auch wurde hierbei eine Lohnerhöhung von 1-5 M. pro Mann und Woche erzielt. — Gewiss ein schöner Erfolg!

Eine Lohnerhöhung von 2 M. pro Kopf die Woche haben die Kollegen in der Seilmannischen Brotfabrik in Chemnitz durchgesetzt; unter wesl. Umständen und Mitteln dies möglich war, mag man aus folgendem Bericht entnehmen: Der Lohn beträgt jetzt 3 Mann a 18 M., 3 Mann a 19.50 M., je einer 20.50, 22.50 und 24.50 M. Daraus kommt noch: zwei freie Brote und frei Kaffee, zusammen 1.50 M. Die Arbeitszeit beträgt bei der Tagelohn 72 Stunden, bei der Nachtlohn 80 Stunden. Der Stundenlohn beträgt demnach für den Mindestlohn für erstere 25 S. für letztere 21 S. Die Ueberstunden, die noch immer gemacht wurden, fallen durch die Lohnerhöhung weg, dieselben werden, wenn es nötig und das Stellen einer Auskubbe nicht angebracht erscheint, mit 35 S. bezahlt. Die Forderung, welche eingereicht war, lautete auf den im Tarif vorgeschriebenen 12-prozentigen Ortszuschlag für Privatbetriebe, was einer Lohn-erhöhung von 2.39 M. gleichkommen würde; außerdem wurde verlangt: Wegfall der 7. Schicht bei der Nacharbeit event. deren Bezahlung als Ueberstunden. — Die Forderung war am 27. Februar eingereicht worden und den darauffolgenden Sonntag sollte eine Sitzung stattfinden, wo wir über den Tarif verhandeln wollten, wozu auch Herr Seilmann mit eingeladen war. Am 3. März erhielten wir auch Antwort auf unsere Forderung dahingehend, daß an eine Lohn-erhöhung jetzt bei den ungünstigen Brotpreisen garnicht zu denken sei, zur Veranlassung werde er nicht kommen, sondern er werde mit keinen Gehülften darüber Rücksprache nehmen und ihnen keinen Standpunkt mitteilen; im übrigen werde er nur mit keinen Gehülften im Kontor künftig über Lohn verhandeln. Das war die Antwort auf unsere minimale Forderung. — Durch die Unterstützung der Lagerarbeiter des Kommandoreins, an welchen Seilmann hauptsächlich seine Fabrikate liefert, sah er sich genötigt, die Forderung zu bewilligen.

Der Brotfabrik W. Kiese in Neumünster, die nach dem Tarif der Bregel-Fabrik in Freiburg im Br. gearbeitet, wurde am 23. August vom Gericht freigesprochen.

In der Pöschbäckerei Seidl in München machte sich im März große Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen bemerkbar. Von den 62 dort beschäftigten Kollegen gehörte die große Mehrzahl dem Verbande an und in einer Versammlung formulierten sie ihre Beschwerden. Unter Gamleiter wurde bei der Firma vorstellig und erreichte die Befriedigung der Beschwerden; auch wurde hierbei eine Lohnerhöhung von 1-5 M. pro Mann und Woche erzielt. — Gewiss ein schöner Erfolg!

Eine Lohnerhöhung von 2 M. pro Kopf die Woche haben die Kollegen in der Seilmannischen Brotfabrik in Chemnitz durchgesetzt; unter wesl. Umständen und Mitteln dies möglich war, mag man aus folgendem Bericht entnehmen: Der Lohn beträgt jetzt 3 Mann a 18 M., 3 Mann a 19.50 M., je einer 20.50, 22.50 und 24.50 M. Daraus kommt noch: zwei freie Brote und frei Kaffee, zusammen 1.50 M. Die Arbeitszeit beträgt bei der Tagelohn 72 Stunden, bei der Nachtlohn 80 Stunden. Der Stundenlohn beträgt demnach für den Mindestlohn für erstere 25 S. für letztere 21 S. Die Ueberstunden, die noch immer gemacht wurden, fallen durch die Lohnerhöhung weg, dieselben werden, wenn es nötig und das Stellen einer Auskubbe nicht angebracht erscheint, mit 35 S. bezahlt. Die Forderung, welche eingereicht war, lautete auf den im Tarif vorgeschriebenen 12-prozentigen Ortszuschlag für Privatbetriebe, was einer Lohn-erhöhung von 2.39 M. gleichkommen würde; außerdem wurde verlangt: Wegfall der 7. Schicht bei der Nacharbeit event. deren Bezahlung als Ueberstunden. — Die Forderung war am 27. Februar eingereicht worden und den darauffolgenden Sonntag sollte eine Sitzung stattfinden, wo wir über den Tarif verhandeln wollten, wozu auch Herr Seilmann mit eingeladen war. Am 3. März erhielten wir auch Antwort auf unsere Forderung dahingehend, daß an eine Lohn-erhöhung jetzt bei den ungünstigen Brotpreisen garnicht zu denken sei, zur Veranlassung werde er nicht kommen, sondern er werde mit keinen Gehülften darüber Rücksprache nehmen und ihnen keinen Standpunkt mitteilen; im übrigen werde er nur mit keinen Gehülften im Kontor künftig über Lohn verhandeln. Das war die Antwort auf unsere minimale Forderung. — Durch die Unterstützung der Lagerarbeiter des Kommandoreins, an welchen Seilmann hauptsächlich seine Fabrikate liefert, sah er sich genötigt, die Forderung zu bewilligen.

Der Brotfabrik W. Kiese in Neumünster, die nach dem Tarif der Bregel-Fabrik in Freiburg im Br. gearbeitet, wurde am 23. August vom Gericht freigesprochen.

Internationale Verbindungen.

Streik auch die Forderungen zugesandt worden. Am 10. April war der Gauleiter... mit der Inhaberin der Fabrik in Neumünster und wurden hierbei die Forderungen vollständig bewilligt.

Einen schönen Erfolg haben die fünf Kollegen in der Bäckerei Seidl in Augsburg erzielt, indem sie durch einmütiges Vorgehen 2 A Lohnerhöhung pro Woche für den Mäcker und für die jüngeren Kollegen je 1 A erhielten.

In der rheinischen Wollfabrik in Köln-Lindenthal und Ball hatten unsere Mitglieder Forderungen eingereicht und fand am 12. Juli, nachdem vorhergehende Verhandlungen verfehlt waren, erneut eine Verhandlung zwischen der Fabrikleitung, dem Gauleiter... dem stellvertretenden Labor und einer Kommission von vier Kollegen aus der Mitgliedschaft statt.

Die in der „Marienmühle“ zu Weizenfels beschäftigten Mitglieder unseres Verbandes stellten Anfangs Oktober an ihren Arbeitgeber, J. Bamberg, die Forderung auf Abschaffung des Kost- und Logiszwangs.

In Hamburg und Altona wurde durch das Eingreifen des Gauleiters und der Mitgliedschaftsvorstände in mehreren Betrieben, welche 1898 beim Streik nicht bewilligt hatten, das Kost- und Logiszwang im Laufe des Meisters beseitigt.

In Frankfurt a. M. haben sich durch die erfreuliche Stärkung unserer Organisation und gütigste Vermittlungen viele Arbeitgeber, die den Tarif von 1900 teilweise durchbrochen hatten, geneigt, dieselben wieder voll anzuerkennen und in ihren Betrieben einzuführen.

Die Kämpfe zur Erreichung je einer Freimacht an Opiern, Fräutern und Weibachern waren noch zu erwähnen. Diese führten in Berlin und Hamburg zu vollem Erfolg, so daß jetzt in beiden Städten die Freimächte durch Betriebsräte eingeführt sind.

Die Bewegung zur Durchführung des Genossenschaftstariers.

Eine bewandert geordnete Bewegung über die in Nr. 52, Jahrgang 1904 des Jahrbuches ausführlich berichtet wurde, deshalb sei sie hier nur kurz registriert.

Der Tarif ist von 40 der größten Betriebe dieser Art anerkannt worden und Anfang der nächsten Zeit wird es sein, auch noch in den übrigen 190 Betrieben den Tarif zur Anwendung und Durchführung zu bringen.

Als vorübergehend geduldeter Verzicht ist zu erwähnen, welche gewaltigen Vorteile durch unsere Kämpfe für die Kollegen errungen wurden.

Durch den Genossenschaftstariers wurde vielen in gewohnheitsmäßig Bäckereien beschäftigten Mitgliedern Lohnrückstellungen, teilweise ganz bedeutende Verkürzung der Arbeitszeit, je eine Woche Ferien im Jahre und ein freier Tag in der Woche errungen.

3174 6000 Kollegen und 1800 Lehrlingen wurden die drei freien Tage im Jahre erkämpft, denn es gibt es in einem Tage der freien Tage als Wochenlöhne können!

3174 für 4000 Kollegen wurde das veraltete System des Kost- und Logiszwangs beseitigt; sie wurden dadurch wirtschaftlich frei gemacht und sind nun in der Lage, sich als Arbeiter in ihrem Beruf eine Familie und eigenen Hausstand gründen zu können.

Für mindestens 6000 Kollegen wurden Gehaltssteigerungen errungen und können wir nur die geringste Vorstellung an pro Woche 1 A, so macht das für die Mitglieder 6000 Kollegen im Jahre circa 300000 Mark Mehrerträge an Arbeitslohn!

Das sind gewaltige Erfolge und sie alle müßten in Anspruch sein, alle unsere den Verbände noch fernstehenden Kollegen ihrer Gleichgültigkeit zu entreißen und sie zu energischen Mitkämpfern zur Verbesserung ihrer Lage zu machen!

Ungleichheit ist es, das das neue Jahr weit mehr als die alte, unsere Verbände bringen wird, aber auch und größere Erfolge müssen dabei errungen werden.

Zu neuen Kämpfen und neuen Siegen! Das uns unser Kampf sein.

Jedes Mitglied eines ausländischen Bruderverbandes tritt gegen Ablehnung seines bisherigen Mitgliedsbuches unentgeltlich zu unserem Verband über, sobald es in Deutschland in Arbeit tritt. Bezüglich der Arbeitslosen, Meß- und Krankenunterstützung haben wir Gegenleistungsträger mit den Verbänden in Oesterreich, Dänemark und Schweden (außerdem mit der Bäckergewerkschaft in Zürich nur betr. Reiseunterstützung), nach welchen unsere Mitglieder in jenen Verbänden wie die eigenen Mitglieder unterstützt werden und genau so verfahren wir in Deutschland mit den Mitgliedern dieser Verbände; sie werden genau so wie unsere Mitglieder unterstützt. Keist solcher Kollege in einem unserer Verbände zu, so ist sein bisheriges Mitgliedsbuch der Hauptverwaltung einzusenden und diese sendet ihm die Anweisung auf Unterstützung.

Der Zeitungsanstand wird zwischen uns und den Bruderverbänden in folgender Weise geübt: Die organisierten Kollegen in der Schweiz, welche kein eigenes Fachblatt haben, erhalten die „D. Bäckerg.“ entsprechend ihrer Mitgliederzahl nach fünf Städten der Schweiz gratis zugestellt. Die Ortsgruppen des österreichischen Verbandes erhalten unser Fachblatt in regelmäßig zwei Exemplaren gratis durch unsere Zentralverwaltung zugestellt, genau in derselben Weise beziehen unsere Mitgliedschaften das Wiener Bruderverband. Die Bruderverbände in Dänemark und Schweden erhalten regelmäßig für ihre deutschsprechenden Mitglieder je 1 Exemplar unserer Fachzeitung und umgekehrt Mitglieder unseres Verbandes aus diesen Ländern das Fachblatt ihrer Muttersprache. Ferner werden zwischen den Hauptverwaltungen die Fachblätter ausgetauscht zwischen unserem Verbande und den Bruderverbänden in Norwegen, Böhmen, Ungarn, Italien, Holland, Belgien, England und Per. Staaten von Nordamerika.

Ueber wichtige Lohnkämpfe und Streiks erfolgt zwischen den einzelnen Verbänden schnelle und direkte Benachrichtigung, um den Zutug von Arbeitswilligen nach den Streikorten fernzuhalten.

An dem internationalen Arbeiterkongress in Amsterdam vom 14.-20. August nahm im Austrage des Verbandsvorstandes der Kollege Reichner teil.

Wegen des von unserm letzten Verbandstage angeregten internationalen Bäckerkongresses konnte der Vorstand wegen Ueberhäufung mit Arbeit leider noch keine Vorarbeiten unternehmen.

Zur Generalkommission

Table with 2 columns: Quarter and Amount. 1. Quartal 225.- A, 2. " 255.- " , 3. " 249.- " , 4. " 268.44 " , Summe 997.44 A.

An einer von der Generalkommission einberufenen Konferenz vom 24. bis 26. Oktober in Berlin nahm der Vorsitzende teil.

Während dieser Konferenz tagte auch eine solche der Vertreter derjenigen Verbände, deren Mitglieder noch unter dem Kost- und Logiszwang beim Arbeitgeber zu leiden haben. Es wurde in Berlin eine ständige Kommission zur Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges eingesetzt, in welche unsererseits Kollege Gehlbald delegiert wurde. Unser Verband leistete 500 A zu den festgesetzten Unkosten dieser Kommission von 2500 A für das erste Jahr ihrer Tätigkeit.

Die Statistik.

Im Dezember des Vorjahres waren zu einer statistischen Erhebung über die Lage der Bäckereiarbeiter 30 000 Fragebogen nach den 155 Verbändenorten und außerdem an 300 Gewerkschaftsstellern in den Orten, wo wir keine Mitglieder haben, zur Verteilung an unsere Kollegen verandt worden. Im Juli war die zeitraubende und kostspielige Zusammenstellung des eingelaufenen Materials beendet und wurde in einer Broschüre in 10000 Exemplaren Auflage herausgegeben, welche an unsere Mitglieder zu 50 S das Stück vertrieben wurde und im Buchhandel zu 1.50 A pro Stück erhältlich ist.

Insgesamt waren an der Statistik beteiligt 346 Orte mit 3133 Bäckereien und 10 594 beschäftigten Personen. Durch Vererbung an die Gewerbeinspektoren, Reichstagsabgeordneten Reichs- und städtischen Behörden wurde von uns bereit gefordert, daß das Ergebnis dieser Statistik die weiteste Verbreitung fand.

Den Zusammenstellungen des Kaiserl. Statist. Amtes über die Arbeitervermittlung und die Arbeitslosigkeit in den Gewerbetrieben wurde unsererseits die größte Aufmerksamkeit geschenkt und die Auszüge aus diesen Erhebungen allmählich in unserer Bericht zusammengestellt und im Fachblatt veröffentlicht.

Die Arbeitsvermittlung.

Der vor 2 Jahren bei der Hauptverwaltung errichtete Zentralarbeitsnachweis für Konjam- und Genossenschaftsbäckereien bewährt sich gut, wenn es auch immer noch einzelne Betriebe, die Bäckereien errichteten, zur Veranlassung beschreiben zu bewegen.

Durch den Betrieb der hierbei in Gemeinschaft mit den Verbänden der betreffenden Gegend vorgeht, sind bereits eine Anzahl für solche Betriebe beschäftigte Kollegen in unerrichteten Bäckereien der Konjamereine in Stellung gekommen, wodurch wir in allen solchen Orten seinen Fuß mit der Organisation setzen und auch halb Mitgliedschaften errichten konnten.

Bedauerlich und uns zugleich ganz unbegreiflich ist aber das mangelnde Einverständnis der Verwaltungen einzelner solcher Betriebe bei Einstellung von Nacharbeitern und Arbeitslosen. Da manchen dieser Fälle müßten wir uns recht oft an die Verwaltungen wenden, che wir einer Antwort gewärtigt wurden. Die Leitungen aller solcher Betriebe werden sich doch sagen, daß der Verbandsvorstand des allgeringsten Interesses daran hat, nur die besten Kräfte und zuverlässigsten Arbeiter in betriebl. Betriebe in Stellung zu bringen, weil dadurch nur möglichst gutes Funktionieren solcher Betriebe die höchste Gewähr für die von uns so sehr erwünschte Vergrößerung und Bereicherung der Konjamereine ist! Statt dessen fanden einzelne dieser Konjamverwaltungen uns mit ganz unbegreiflicher Antipathie gegenüber und ließen sich sogar herbei, weitere gegangene Innungsmeister, die bisher stets die größten Freunde solcher Betriebe waren — weil sie in deren Erstarben die Ursache ihres Ruins sahen — einzustellen.

Selbstverständlich werden die stiers nicht gerade erfreulichen Folgen solchen Vorgehens bald alle Genossenschaften veran-

lassen, ihre Nachmeister und Mäcker nur durch die Verbandsverrichtungen zu beziehen!

Die 40 Genossenschaften mit eigenem Bäckereibetrieb, welche den Tarif anerkannt haben, sind damit ja auch die Verpflichtung eingegangen, Arbeitskräfte nur durch die örtlichen Arbeitsnachweise der Organisation eventuell den Zentralarbeitsnachweis zu beziehen.

Von einer ganzen Anzahl Mitgliedschaften sind Arbeitsnachweise errichtet worden, deren Vermittlung sich aber hauptsächlich oder gänzlich nur auf die Genossenschaftsbetriebe am Orte, auf einige nicht der Innung angehörige Großbetriebe und auf einige Kleinbetriebe, deren Inhaber mit uns sympathisieren, beschränkt. Wir wollen nun die bedeutendsten unter denselben hier nennen. Es vermittelte der Arbeitsnachweis der Mitgliedschaft Berlin bis zum 30. Juni, von welchem Tage ab der paritätische Arbeitsnachweis anstelle des ersteren trat, folgende Arbeiten: 3942 Mitglieder erhielten feste (dauernde) Beschäftigung; 869 Mitglieder erhielten 1735 Tage Aushülfsarbeit. Alle Arbeiten wurden nur zu den tarifmäßigen und höheren Lohnsätzen vermittelt. Der am 1. Juli errichtete paritätische Arbeitsnachweis hat in dem Halbjahre seines Bestehens 918 feste Arbeiten und 879 Aushülfsarbeiten vermittelt.

Der Arbeitsnachweis der Mitgliedschaft Dresden hat 1346 Tage Aushülfsarbeit an 520 Mitglieder vermittelt und 52 Kollegen in dauernde Arbeit gebracht, letztere zu folgenden Lohnsätzen pro Woche: 6 zu je 7, 1 zu je 7.50, 13 zu je 8, 1 zu je 8.50, 9 zu je 9, 4 zu je 10, 1 zu je 12 A bei Kost und Wohnung beim Meister; je 1 zu je 15 und 16 A ohne Kost aber mit Wohnung beim Meister; 2 zu je 18, 1 zu je 18.50, 3 zu je 20.50, 1 zu je 21.50, 4 zu je 22.50 und 4 zu je 25 A ohne Kost und Wohnung beim Meister.

Beim Arbeitsnachweis der Mitgliedschaft Homburg-Altona suchten 744 Mitglieder Arbeit nach; davon wurden 227 Mitglieder in feste Arbeit gefunden und 1387 Mitglieder erhielten 3375 Tage Aushülfsarbeit zugewiesen.

Von der Mitgliedschaft Leipzig erhielten 15 Mitglieder feste Stellung durch den Arbeitsnachweis der Mitgliedschaft und 1016 Aushülfsarbeiten mit insgesamt 2150 Tagen wurden vermittelt.

Beim Arbeitsnachweis der Mitgliedschaft Lübeck melbten sich 65 Kollegen arbeitslos; davon erhielten 8 feste Arbeit, und 313 1/2 Tag Aushülfe verteilten sich auf die übrigen arbeitslos gemeldeten Mitglieder. Diese waren insgesamt 652 Tage arbeitslos. Am Schlusse des Jahres verblieben 5 Arbeitslose, die übrigen hatten sich in 18 Fällen selbst Arbeit gesucht, in 10 Fällen waren sie in anderen Berufen beschäftigt; die übrigen waren abgereist oder aus anderen Ursachen gestriden.

Von der Mitgliedschaft Magdeburg erhielten 9 Mitglieder feste Arbeit (davon 3 zu je 6, 2 zu je 7 A Wochenlohn bei Kost und Logis, 4 zu je 21.50 A Wochenlohn außer Kost und Wohnung); 36 Mitglieder erhielten Aushülfsarbeit; davon 4 das ganze Jahr hindurch jede Woche 3 Schichten, 2 Kollegen bis 15. Juli jede Woche 3 Schichten; dann 1 Kollege 40 Tage, 5 je 26, 6 je 12 und 16 je 1 Tag.

Sind die Zahlen der in feste Arbeit gefundenen Kollegen auch nur gering im Vergleich zu dem großen Wechsel auf den Innungsarbeitsnachweisen, so darf man nicht außer acht lassen, daß sich unsere Arbeitsvermittlung nur auf Betriebe erstreckt, in denen nur sehr selten Wechsel der dort Beschäftigten eintritt. Desto bedeutender ist aber die Zahl der Aushülfsarbeiten für unsere arbeitslosen Mitglieder und schon dieser Grund muß uns bestrebt sein lassen, unsere Betriebsarbeitsnachweise noch besser auszubauen und ihnen mehr Einfluß auf die Arbeitsvermittlung des Ortes zu verschaffen. Darin könnten aber die Verbandsmitglieder selbst gerade am allermeisten mit helfen.

Der Kampf gegen die übermäßige Lehrlingszucht.

Auf Wunsch verschiedener Mitgliedschaften, in deren Gebieten die Lehrlingszucht besonders trag betrieben wird, gab der Verbandsvorstand im November abermals ein Flugblatt gegen die Lehrlingszucht heraus, und obgleich nur oben bezeichnete Mitgliedschaften dasselbe verteilten, wurden doch 80000 Exemplare davon gebraucht. Da in den Flugblättern nicht bloß die große Ueberfüllung des Bäckergewerbes mit Arbeitskräften zahlenmäßig nachgewiesen wurde, sondern auch die traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gesellen und die Ausbeutung der Lehrlinge wahrheitsgemäß geschildert wurden, hatten dieselben die erwünschte Wirkung, daß durch sie einermöglichen Meinung über die traurigen Verhältnisse in den Bäckereien in jene ländlichen Volkstheile getragen wurde, aus denen die Meister mit Vorliebe die Lehrlinge in Masse herholen und dabei den Eltern alles mögliche über die herrlichen Zustände im Bäckergewerbe vorkauften. Wird aber erst diesen Volkstheilen die Wahrheit über die traurigen Verhältnisse in den Bäckereien beigebracht, dann glauben sie den Versprechungen lächerlicher Innungsregenten nicht mehr und werden ihre der Schule entrückten Söhne lieber gleich in die Fabrik, als daß sie dieselben der unsicheren Existenz des Bäckergewerbes zuführen, das die meisten nicht mit Glückseligen Gelegenheiten doch wieder verlassen müssen, weil sie sich nicht selbständig machen können, aber als Geselle in reiferen Jahren auch keine lohnende Arbeit in diesem Gewerbe mehr finden können. Das unser Kampf gegen die übermäßige Lehrlingszucht den Innungsgewaltigen des Germanienverbandes schwerer im Magen liegt, zeigt ja auch deren wütendes Geseife gegen diese unsere Agitation.

Das Fachorgan.

Die „Deutsche Bäckergewerkschaft“ erschien in 53 Nummern in einer Auflage von 576000 oder im Durchschnitt jede Nummer in 10868 Exemplaren. (Im Vorjahre erschienen 37200 oder jede Nummer im Durchschnitt in 7169 Exemplaren.) Es erschienen zwei Nummern in je 8200, 1 in 8300, 7 in 8500, 1 in 8800, 1 in 9000, 1 in 10000, 3 in 10500, 4 in 10700, 1 in 10800, 12 in 11000, 1 in 11200, 3 in 11500, 2 in 12000, 1 in 12200, 12 in 12500 und 1 in 15000 Exemplaren. Die höchste Auflage wurde zur Zeit der Lohnbewegung während des Berliner Streiks, erreicht, während zu Beginn des Jahres die Auflage 8200 und am Schlusse des Jahres 11000 betrug. 36 Nummern mußte je eine halbe Beilage und einer Nummer eine ganze Beilage beigegeben werden, während 1903 21 und 1902 nur 6 Beilagen gebraucht wurden. Es kostete das einzelne Exemplar (Druck und Versand) 2.17 S gegen 2.15 S im Jahre 1903 und 2 S im Jahre 1902. Die gesamten Unkosten für Zeitungsherstellung, Druck und Versand betragen im Berichtsjahre M 14 102.47 und noch Abzug der M 1591.02 für Abonnements, Anzeigen und Aufnahme der Protokolle

der Zentral-Krankenkasse eingewonnenen Gelder 12 611.45 Mark.

Im Jahrgang erschienen 241 größere Artikel; davon waren 75 von der Redaktion, 88 von Mitgliedern und 83 von Schriftstellern verfasst. Davon behandelten 17 die Beschlüsse und Verhandlungsprotokolle der Arbeitervereine; 62 behandelten Fragen der Sozialpolitik; 79 befassten sich mit organisatorischen Fragen; 18 behandelten die Lohnbewegungen und Streiks und 65 die Arbeiterbewegung im Auslande. Außer den Artikeln fanden noch 23 Erzählungen und Wanderreisen sowie 15 Gedichte Aufnahme. In der Rubrik „Aus unserem Verufe“ erschienen 454 längere oder kürzere Notizen; davon befassten sich 49 mit Wärdereimäßigkeiten; 194 waren der Bekämpfung der Gagner gewidmet; 49 waren sozialpolitischen Inhalts; 37 beschäftigten sich mit der Agitation und Organisation; 22 beschäftigten sich mit anderen Geschäften und 71 mit unseren Lohnbewegungen und Streiks; 32 behandelten berufliche und technische Fragen. Das Genossenschaftsleben wurde in 146 größeren Artikeln und Notizen behandelt; davon beschäftigten sich 31 Artikel mit der Genossenschaftsbewegung im allgemeinen und in 115 Notizen wurden Auszüge aus den Geschäftsberichten oder wichtige Beschlüsse der Versammlungen der Genossenschaften gebracht.

Der übrigen Gewerkschaftsbewegung waren 31 Notizen gewidmet.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes wurden 127 in das Blatt eingerückt; ferner eine solche vom Verbandsauschuss und 13 von der Zentral-Krankenkasse unseres Verufe. Nachrichten, Bekanntmachungen und Konferenzberichte aus den Gauen fanden in der Zahl 40 Aufnahme. 49 Mitteilungen des Hauptkassierers und 12 von der Sammlung für Kollegen Pfeiffer wurden mit ins Fachblatt eingerückt. Außerdem fanden noch Aufnahme 357 Versammlungsberichte, 8 Eingeladene von Kollegen, 18 Literaturempfehlungen, 5 Briefkastennotizen und 16 Berichtigungen und Gerichtsberichte.

Wenn auch auf die Redigierung des Fachblattes, da es der Verbandsvorsitzende im Nebenamt fertig stellen muß, lange nicht die genügende Sorgfalt und Zeit verwendet werden konnte, als wie erwünscht wäre — durchschnittlich kann der Redakteur auf Fertigstellung der Zeitung, Korrekturlesen und Expedition des Blattes nur zwei Tage der Woche verwenden, wenn er im Bureau anwesend ist und ist er auf Reisen, so bleibt noch weniger Zeit für das Fachblatt — so glauben wir doch, daß unser Fachblatt eine Fülle von Anregungen in der Agitation und den Organisationsaufgaben gegeben hat, wie auch den Kampf gegen die mit ganz wenig Ausnahmen so leichte, inhaltlose und gedankenlos redigierte Zeitungspresse, welche für unseren Beruf in 21 deutschsprachigen Blättern herausgegeben wird, mit dem notwendigen Geschick und stets mit Erfolg geführt hat. Auch kann freudig konstatiert werden, daß es aus ganz kleinen Anfängen heraus mit Anleitung und Unterstützung des Redakteurs (der es in der Zeit, wo er noch nicht derartig wie jetzt mit Arbeit überlastet war, als seine Pflicht ansah, jeden auch nur ein wenig zu schriftlicher Mitarbeit fähigen Kollegen zur Mitarbeit aufzumuntern und oft die Erklärungen von Kollegen, weil sie noch sehr fehlerhaft waren, vollständig umarbeiten mußte) gelungen ist, unter den Gauleitern, Vertrauensleuten und anderen fähigen Mitgliedern einen ganz guten Stab von Mitarbeitern aus den Kreisen der Kollegen heranzubilden.

Nichts demgegenüber bedingen die Ueberlastung des Redakteurs, außerdem der jegliche Umfang des Blattes (fast ohne Ausnahme sechswöchentlich) und noch ein anderer wichtiger Umstand eine Veränderung in der Redaktionsführung unseres Blattes. Den Verbandsrat wird also der Punkt „Presse“ in eingehender Weise beschäftigen müssen.

Das Jahr 1904 war bezüglich erfolgreicher Agitation und ebenso erfolgreicher Lohnbewegung für den Verband außerordentlich günstig. Die Organisation festigte und stärkte sich mehr in die Tiefe und machte in der Ausbreitung nach Gegenden, wo wir noch nicht festen Fuß gefaßt hatten, nicht sehr augenfällige Fortschritte. Und das ist gut so und muß auch in Zukunft unsere Hauptaufgabe bleiben: Die bestehenden Mitgliedschaften fester zu fügen und nach innen und außen zu stärken durch Vervollständigung ihrer Verwaltungen und Auffklärung der noch gleichgültig in den Verbandsorten beiseite stehenden Kollegen. Machen wir hierin weiter erfreuliche Fortschritte, dann dürfte es später nicht schwer fallen, auch in die vorläufig noch schwarzen und verstockten Gebiete einzubringen, in denen uns dieses bisher nur vorübergehend oder noch gar nicht möglich war.

Vor allen Dingen weiterer Ausbau der bestehenden Mitgliedschaften und Zahlstellen, das muß auch für die Zukunft die Parole für alle Vertrauensleute und alle Mitglieder sein.

Daß wir einer ereignisreichen Zeit voll schwerer und opferreicher Lohnkämpfe entgegengehen, das dürfte jedem klar sein, der bei den Kollegen das Erwachen des Vertrauens in die eigene Kraft und Selbsthilfe täglich vor Augen sieht, daneben aber auch die transparenteren Anstrengungen unserer verknüpferten Anwartschaften sieht, die Entwicklung der Verhältnisse rüdwärts zu dirigieren.

Daß es kein Rückwärts mehr geben kann, sondern nur immer ein planmäßiges und energisches Vorwärts, daran muß jedes Mitglied aufs eifrigste mithelfen.

Der Verbandsvorstand. J. A. E. Umann, Vorsitzender.

Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften.

Agitationsbericht.

Meine letzte Agitationstour begann am Sonntag, den 15. Januar, mit einer öffentlichen und Mitglieder-Versammlung in Braunschweig. Die öffentliche Versammlung war zahlreich besucht; jedoch war es nicht möglich, die Kollegen, welche der Bruderschaft angehören, für den Verband zu gewinnen. In der darauf folgenden Mitglieder-Versammlung bedurfte es aller Anstrengung, einen Vorstand komplett zu bekommen, was in einer Stadt, wo 22 intelligente Konsumbänder arbeiten, nicht vorzukommen sollte. Nur der Vorsitzende und Schriftführer machten eine tüchtige Ausnahme.

In Hannover war die öffentliche Versammlung ebenfalls gut besucht; 10 Aufnahmen wurden gemacht. Es hat den Anschein, als ob die Bewegung dort jetzt mehr an Festigkeit gewinnt.

Dann ging es nach der Rattenfängerstadt Hameln, wo ich zum erstenmale eine Versammlung abzuhalten hatte. 18 Kollegen hatten sich eingefunden, wovon sich 2 Kollegen aufmachen ließen, jedoch wir dort jetzt 4 Mitglieder

haben. Die übrigen Kollegen entschuldigten ihren Nicht-eintritt damit, sie hätten zwei- bis dreimal einen Verein dort gegründet, der aber immer wieder aufgelassen sei.

In dem kleinen Städtchen Kassel war die Versammlung den Verhältnissen nach auch gut besucht. Zwei Mitglieder wurden neu aufgenommen.

Die Versammlung in Bremerhaven war schlecht besucht, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß die Wärdereimeister der Bruderschaft eine Fahne schenken. In solchen Zeiten träumen die Gesellen nur von dem Bilanztag, wo sie mit der neuen Fahne durch die Stadt ziehen und vom Publikum als große Gestirte bewundert werden. Zwei Mitglieder wurden dennoch aufgenommen.

Die Versammlung in Wilhelmshaven war gut besucht und erfolgte 5 Aufnahmen. In der darauf folgenden Mitglieder-Versammlung wurde die Errichtung eines Arbeitsnachweises beschlossen und zwar in dem Lokale des Herrn S. Heib, Grenzstraße.

Bremen bildete den Schluß. Obwohl die Kollegen einen Wochentag nicht für passend erachteten, war auch diese Versammlung gut besucht. Nege Diskussion fand nach dem Referate statt. Wieviel Aufnahmen stattfanden, konnte ich nicht mehr feststellen, da ich noch mit dem letzten Junge der Heimat zuhause war. Die Petition an den Bundesrat wurde in allen Versammlungen einstimmig angenommen. Die anwesenden Meister, auch Obermeister, stimmten dafür. Öffentlich gelangt es, die neu eingetretenen Mitglieder dauernd dem Verbands zu erhalten; hier hapert es noch immer gewaltig. R. Liescher.

In Altona fand eine öffentliche Versammlung am 22. Januar bei Jels statt. Kollege Friedmann hielt einen lehrreichen Vortrag über die sechswöchige Arbeitswoche und berief sich hierbei auf die Worte der heiligen Schrift: „Ech's Tage sollst du arbeiten und am siebenten ruhen“. Ebenso wie jeder andere Arbeiter nur 6 Tage arbeite, hätten auch die Wärdereimeister, dieses zu beanspruchen, dieselben seien erst nach Abschaffung des Kost- und Logiswesens vom Jahre 1898 so recht unter die anderen Arbeiter gekommen und sind dieselben nur darauf bedacht, sich auch dieselben Rechte zu erkämpfen, wie sie jeder von unseren Mitmenschen besitzt. Neben mir an der Hand zahlreicher Bemerkungen, welche von Seiten gelehrter Professoren und Sachleute, sowie hier in Hamburg-Altona von einzelnen Wärdereimeistern bereits die von ihnen eingeführte 6tägige Arbeitswoche besteht, nach, daß auch diese sehr gut durchzuführen sei. In der sich daran anschließenden Debatte sprachen die Kollegen G., P., T. für die Sache, während St. anderer Meinung ist und den Ruhetag auf den Sonntag haben wollte; derselbe wurde jedoch vom Kollegen J. eines anderen belehrt. Eine vom Vorsitzenden verlesene Petition an den Bundesrat wurde einstimmig angenommen.

In Baden-Baden waren am 10. Januar 35 Kollegen versammelt, welche dem Referat des Kollegen Lantke zustimmten und ebenso einstimmig die Absendung der Petition beschlossen.

In Braunschweig fand am 15. Januar unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab den Vorstandsbericht und gab einen Überblick auf die Tätigkeit im verfloffenen Jahre. Es haben im verfloffenen Jahre 6 öffentliche Versammlungen stattgefunden; in 2 referierte der Kollege Schreiber, in 3 der Kollege Welscher, in 1 der Kollege Kahl. 15 Mitglieder-Versammlungen haben stattgefunden, davon eine außerordentliche und eine Generalversammlung. Zu Anfang des verfloffenen Jahres hatten wir einen Mitgliederbestand von 37 Mitgliedern und am Schluß einen solchen von 65 zu verzeichnen; wir haben somit einen guten Fortschritt gemacht. Der Kollege Mandau erstattete seinen Kassenbericht, aus dem zu ersehen ist, daß an Marken verkauft wurden 4264 Stück, die Gesamt-Einnahme betrug 1901.83 M., Ausgabe 1302.23 M., mithin ein Defizit von 40 M., was auf die hohen Ausgaben zur Beschaffung der Gauleitung in Altona zurückzuführen ist. Aufgenommen wurden 59 Mitglieder. Es wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege Bertram wiedergewählt, als zweiter Kollege Meyer, als Kassierer Kollege Kanold; als erster Schriftführer Kollege Kramer und als zweiter Kollege Heise; zu Redaktoren die Kollegen Stark und Amme, zum Bibliothekar Kollege Heule. Als Hilfskassierer wollte niemand die Wahl annehmen. Es wurde vom Kollegen Krieger der Antrag gestellt, die Mitglieder möchten doch die Beiträge unentgeltlich einzahlen. Der Antrag wurde angenommen. Bei unserem Weihnachtsgewinn hatten wir eine Einnahme von 75.85 M. und eine Ausgabe von 61.55 M. Der Ueberfluß wurde der Bergungskasse überwiesen.

In Bromberg waren am 27. Januar 45 Kollegen versammelt, die alle der Petition zustimmten. 5 Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen.

Am 12. Januar referierte in Frankenthal Kollege Wagner-Mannheim vor 30 Kollegen, welche einstimmig der Petition beitraten.

Am 15. Januar fand in Forth i. Q. Generalversammlung statt. In dem Vorstand wurden gewählt, Kollege Deller, Vorsitzender; Schuber, Kassierer; Scholler, Schriftführer und Kartelldelegierter. Als Redaktoren wurden die Kollegen Prüffe und Reufert gewählt. Unter Punkt „Berichtigungen“ wurde der Wunsch laut, in nächster Zeit eine Vollversammlung abzuhalten, in welcher über die Lage der Wärdereimeister und die übermäßige Lehrlingszucht am Orte referiert werden soll und wurde der Vorsitzende beauftragt, sich hierüber mit dem Verbandsvorstand in Verbindung zu setzen.

In Gölzig tagte am 12. Januar unter Leitung des Vorsitzenden Strigel unsere Generalversammlung. Nachdem Schriftführer Benzel das Protokoll verlesen, erstattete Kassierer Hepper den Kassenbericht. Kollege Schreiber verlas den Bericht vom Gewerkschaftsstatut. In dem Vorstand wurden gewählt als Vorsitzender: Schreiber, Kassierer: Hepper, Schriftführer: Stenzel, Redaktoren: Strigel und Heit. Mit einem dreizehnen Hoch auf den Verband der Wärdereimeister schloß der Vorsitzende die gutbesuchte interessante Versammlung.

In Gölzig tagte am 19. Januar im Gasthaus zum goldenen Kreuz eine öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Wache-Preslau über „Die Sonn- und Feiertage im Bergergewerbe und haben wir Anspruch auf einen freien Tag in der Woche“ referierte. Der Referent geißelte die Interesslosigkeit der Kollegen in solchen Worten. In seinem Schlußwort forderte er die Kollegen auf, dem Verbands beizutreten. In der Diskussion meldeten sich mehrere Germania-Welden zum Wort, welche aber eine gründliche Abfuhr erlitten. Die Petition an den Bundesrat wurde einstimmig angenommen.

In Gaussham fand am 27. Januar für die Orts-Gaussham, Schliersee und Wiesbach eine von 24 Kollegen besuchte Versammlung statt. Kollege Gagner hielt das schließliche Referat und wurde die Petition einstimmig gutgeheißen.

Höchst a. M. Am 12. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Reidel-Wiesbaden hielt einen Vortrag über Rechte und Pflichten der Verbandsmitglieder. Redner erntete für seine guten Ausführungen reichen Beifall. Dann gab der Vorsitzende den Vorstandsbericht, wobei er betonte, daß sich die Mitgliedschaft Höchst gut gehalten habe und auch fernerhin, wenn alle Kollegen mithelfen, auf ihrer Höhe bleiben werde. Es fanden zehn öffentliche, 8 Mitglieder-Versammlungen, 8 Vorstandssitzungen und zwei Versammlungen in Hofheim statt. Erfolge sind zu verzeichnen, daß wir dreimal als Sieger aus der Gesellenausschuhwahl hervorgingen, Beterung der geplanten Anwartschaften, einen Vertreter auf dem Gewerbegericht sowie 3 Vertreter in die Orts-Krankenkasse gewählt wurden. Alsdann gab Kollege Müller den Kassenbericht, erst vom letzten Quartal, dann den Jahresbericht; es wurden 38 Aufnahmen gemacht, 1236 Beiträge a 40 M., 30 Streifenbeiträge a 1 M. verkauft; die Gesamteinnahme betrug 857.48 M., die Gesamtausgabe 705.96 M., jedoch ein Kassenbestand von 151.52 M. in der Lokalkasse verbleibt. Alsdann wurde zur Vorstandswahl geschritten, bei welcher sämtliche Vorstandsmitglieder wiedergewählt wurden, nur der Kassiererposten wurde wegen Abreise des bisherigen Kassierers neu besetzt und ging Kollege J. Gerhardt einstimmig aus der Wahl hervor. Der Vorsitzende, Kollege Oppenländer dankte dem bisherigen Vorstand für seine Tätigkeit und richtete einen scharfen Appell an die frisch gewählten Vorstandsmitglieder, sowie an die anderen Mitglieder, im neuen Jahre tüchtig zu agitieren, damit alle Kollegen von Höchst in den Verband kommen. — Am 22. Januar fand im Saale zur Sonne unser Winterfest statt unter gefl. Mitwirkung des Bädereimeistervereins, Morgen-grauen-Frankfurt a. M., welcher in vortrefflicher Weise zur Unterhaltung beitrug, wofür hier im Namen der Höchster Mitgliedschaft bestens gedankt sei. Den streikenden Bergarbeitern wurden 50 M. gesandt, wovon 11 M. auf Listen gesammelt und 39 M. vom Ueberfluß des Festes bewilligt wurden. — Am 26. Januar fand eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Raisting-Düsseldorf referierte. Für seine vortrefflichen Ausführungen wurde ihm reich Beifall zuteil. (Anmerkung des Einbers: Nun werden die Höchster Kollegen wieder zufrieden sein. Wenn sie wüßten, wie gerne unser Redakteur so lange Berichte aufnimmt, würden sie es nicht verlangen!)

Am 24. Januar fand in Königsherg eine öffentliche Versammlung statt, die von 45 Kollegen besucht war. Nach dem einleitenden Referat des Kollegen Ziegler wurde die Petition einstimmig gutgeheißen. 4 neue Mitglieder wurden für den Verband gewonnen.

Mannheim-Ludwigshafen. Durch die Verschmelzung der Mitgliedschaften Mannheim-Ludwigshafen wurde es uns aufgetragen, zwei Generalversammlungen abzuhalten. Donnerstag, den 19. Januar wurden die Berichte über das letzte Geschäftsjahr gegeben. Der Vorstand, Wogner, konnte nur erfreuliches über den Aufschwung der Mitgliedschaften berichten. Die Mitgliederzahl hat sich im Jahre 1904 geradezu verdreifacht. Das gleiche wurde auch von dem Kassierer festgestellt. Die Einnahmen belaufen sich in Mannheim auf 1761.09 M., die Ausgaben auf 1603.08 M., mithin bleibt ein Betrag von 158.01 M. in der Kasse der Mitgliedschaft. Als lobenswert ist für unsere Mitglieder anzuerkennen, mit welcher Leichtigkeit der Lokalbeitrag von 5 M. eingeführt wurde. Die zweite Generalversammlung hatte den Bericht des provisorisch angeordneten Kassierers Kollegen Wagner entgegenzunehmen; derselbe berichtete über seine Tätigkeit sehr eingehend. Er hebt die Schwierigkeiten hervor, die ihm beim Eintreffern immer unterlaufen sind; hauptsächlich trägt der viele Wechsel das meiste dazu bei. Er betont dann weiter, daß wohl das Gewünschte nicht alles erreicht sei, aber rüchständige Mitglieder seien wenig oder gar keine zu finden. Die Diskussion war sehr lebhaft; es sprachen sich aber alle Kollegen sehr zufrieden aus. Der zweite Punkt: Neuwahl des Gesamtvorstandes wurde in folgender Weise erledigt: Es wurden gewählt die Kollegen Albrecht und Mühlhans als Vorsitzende, Wagner und Hansbach als Kassierer, Walle und Geller als Schriftführer, Wittmann, Frank und Hart als Redaktoren. Die Versammlung war sehr gut besucht. Es ist auch zu erwarten, daß wir jetzt als eine Mitgliedschaft in diesem Jahr noch erheblich bessere Fortschritte machen. — Kollegen, lassen wir uns nicht irren machen, wenn auch die Prügel von allen Seiten gelassen kommen; immer mutig vorwärts! Unserer Mitgliedschaft zum Ruhm, unseren Gegnern zum Trutz!

In Mainz fand am 22. Januar die Generalversammlung statt. Kollege Hartwig gibt den Vorstandsbericht, aus welchem hervorgeht, daß die Mitgliedschaft im verfloffenen Jahre wieder ganz gute Fortschritte gemacht hat. Der Kassenbericht wird ohne weitere Debatte angenommen und dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Von einem Kollegen wurde der Antrag gestellt, den streikenden Bergleuten 15 M. aus der Kasse zu übermitteln, welchem die Versammlung zustimmt. Ein weiterer Antrag, die seit Mai eingeführten Extrabeiträge von 10 M. pro Mitglied und Monat wieder aufzuheben, wurde nach kurzer Diskussion ebenfalls angenommen, da sich die Verhältnisse durch den großen Ueberfluß von Weihnachtsgeld wieder gebessert haben. In dem Vorstand wurden mit kleiner Veränderung die meisten der bisherigen Kollegen wiedergewählt. Ein Antrag, in nächster Zeit einen Kassenbericht zu veranlassen, wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Darauf folgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

In Neß referierte am 25. Januar Kollege Lantke vor 22 Kollegen, welche einstimmig die Absendung der Petition beschlossen.

In Rachen waren am 23. Januar über 1000 Kollegen versammelt, welche nach einem eindrucksvollen Referat die Petition einstimmig gutheießen. 35 neue Mitglieder wurden in der Versammlung für den Verband gewonnen.

In Roderan sprach am 10. Januar Kollege Wagner-Mannheim. Die 25 erschienenen Kollegen stimmten alle der Petition zu.

Flaunischer Grund. Am Sonntag, den 22. Jan. tagte im „Deutschen Haus“ zu Rottshedel die Generalversammlung. Den Jahresbericht, welcher der Versammlung, da der Vertrauensmann krankheitsbedingt nicht anwesend war, schriftlich vorgelesen, verlas Kollege Ullmann. Aus demselben war zu ersehen, daß wir auch in diesem Jahre gut gearbeitet hatten. Seinen Bericht schloß der Vertrauens-

